

1°|2010

VOICE



2° Celsius sind noch zu viel

Klimawandel und -handel
bedrohen indigene Völker zuerst





Editorial

Ein Temperaturanstieg von 2° Celsius ist noch zu viel, hielten VertreterInnen indigener Völker an der Weltklimakonferenz in Kopenhagen fest. Sie widersprechen damit der wenig verbindlichen Absichtserklärung der offiziellen Delegationen, wonach sich das Weltklima in naher Zukunft höchstens um zwei Grad erwärmen dürfe. Sie erinnern daran, dass indigene Völker, ob sie nun in der Arktis oder den Urwäldern Afrikas, Amazoniens oder Borneos leben, oftmals als Erste von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen sind.

Bei den Nenzen in Sibirien verzögert beispielsweise das spätere Zufrieren der Gewässer die Rentierwanderung, so dass die Tiere auf bereits abgeweideten Wiesen wochenlang hungernd ausharren müssen. Der Klimawandel ist aber nicht die einzige Bedrohung: Gleichzeitig könnte eine geplante Erdöl-Pipeline zu einem kaum überwindbaren Hindernis für die Rentiere werden und damit die traditionelle Lebensform des indigenen Nomadenvolkes massiv erschweren (S. 6).

Um den Klimawandel aufzuhalten, wollen viele PolitikerInnen mit dem marktwirtschaftlichen Instrument Emissionshandel den CO₂-Ausstoss reduzieren. Bereits werden solche Projekte betrieben, zum Beispiel in Uganda: Mit dem fatalen Effekt, dass Indigene – und auch andere WaldbewohnerInnen – aus ihrem Lebensraum verjagt wurden (S. 7).

Die vielfältigen Tätigkeiten der GfbV Schweiz (siehe auch S. 12f) sind nur möglich dank der Unterstützung durch unsere Mitglieder. Auf den 17. Juni 2010 lädt die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) Schweiz zur jährlichen Mitgliederversammlung. Weitere Informationen finden Sie auf unserer Webseite: www.gfbv.ch.

Hans Stutz, Mitarbeiter Kommunikation

4



Indigene Völker und Klimawandel

Indigene Völker spüren die Folgen des Klimawandels zuerst. Sie fürchten aber auch, dass der Emissionshandel einen wirkungsvollen Klimaschutz verzögert.

8



Interview mit Larisa Abryutina

Die tschuktschische Ärztin berichtet von den Auswirkungen des Klimawandels und der Marktwirtschaft auf die Lebensweise der Indigenen Sibiriens.

14



4500 Hmong nach Laos abgeschoben

Die Hmong lebten seit Jahrzehnten als Flüchtlinge in Thailand. Zwischen Weihnachten und Neujahr liess die thailändische Regierung Tausende von Hmong gegen ihren Willen nach Laos ausschaffen.

Inhaltsverzeichnis

4	Indigene Völker und Klimawandel	10	Kurzinfos
6	Nenzen in Sibiren: Bedroht durch Klimawandel	12	GfbV-Projekte und -Kampagnen
7	Benets in Uganda: Bedroht durch Klimahandel	14	Aktuell Thailand vertreibt Tausende Hmong
8	Interview mit Larisa Abryutina	15	Service Bücher, Filme, Ausstellungen

Herausgeberin: Gesellschaft für bedrohte Völker Schweiz, Wiesenstrasse 77, CH-3014 Bern, Tel. 031 311 90 08, Fax 031 311 90 65, E-Mail: info@gfbv.ch, Web: www.gfbv.ch, Spendenkonto PC 30-27759-7 **Redaktion:** Verantwortlich: Franziska Stocker, Mitarbeit: Monika Jordan, Hans Stutz **Konzept und Layout:** Clerici Partner AG, Zürich **Titelbild:** Indigene Niwchen demonstrieren gegen den Bau von Pipelines auf der Insel Sachalin, Juni 2005. (Foto: Wolfgang Blümel) **Bild Rückseite:** Verarmte WaldbewohnerInnen in der Demokratischen Republik Kongo (DRC) (Foto: Christoph Wiedmer) **Erscheinungsweise:** vierteljährlich **Auflage:** 8900 Exemplare **Einzelnummer:** CHF 5.- zzgl. Versandkosten, Insertionstarif auf Anfrage **Nächste Ausgabe:** Juni 2010, Redaktions- und Inserateschluss: 1. Mai 2010 **Copyright:** © 2010 Gesellschaft für bedrohte Völker Schweiz. Die Wiedergabe von Artikeln ist bei Angaben der Quelle und Belegexemplaren an die Herausgeberin erlaubt **Druck:** gdz AG, Zürich, gedruckt auf FSC-Papier **ZEW:** Die GfbV trägt das ZEW-Gütesiegel für gemeinnützige Institutionen. Es steht für einen zweckbestimmten und transparenten Umgang mit Spenden.



➤ Indigene Völker und Klimawandel

Indigene Völker leben oftmals in ökologisch sensiblen Gebieten, die als erste auf klimatische Veränderungen reagieren. Indigene Organisationen kämpfen gegen Emissionshandel und für eine radikale Reduktion des Schadstoffausstosses.

«2° Celsius ist Genozid» – auf diese Formel haben daher viele indigene VertreterInnen auf der letzten Klimakonferenz in Kopenhagen (COP 15) ihre Existenzangst vor den Folgen des Klimawandels gebracht. Die 2°-Grenze ist der in der internationalen Diskussion gerade noch akzeptierte maximale Wert für eine Klimaerwärmung. Für den Fall, dass sich die Durchschnittstemperatur weltweit noch stärker erhöht, sagen die Wissenschaftler unumkehrbare Veränderungen voraus. Dieser Durchschnittswert täuscht jedoch darüber hinweg, dass die Veränderungen in einzelnen Regionen drastischer ausfallen können.

Klimawandel ist nicht unbedingt ein neues Phänomen in der Geschichte. Viele archäologische Funde legen nahe, dass ganze Hochkulturen durch starke Schwankungen der klimatischen Verhältnisse einer Region und damit der Veränderungen in den Ökosystemen verschwunden sind. Allerdings haben viele Kulturen im Laufe der Jahrtausende Strategien entwickelt, um klimatische oder sonstige drastische Änderungen des Ökosystems rechtzeitig zu erkennen und sich anzupassen. Die genaue Beobachtung der Veränderungen bei Pflanzen und Tieren sowie von besonderen natürlichen Ereignissen ist deshalb ein elementarer Bestandteil aller traditionellen Kulturen, die in einem engen Austausch mit ihrem Ökosystem leben. Klimatische Veränderungen bedeuten für eine indigenen Gemeinschaften deshalb auch immer eine Störung des kulturellen und gemeinschaftlichen Zusammenlebens.

Die vielfältigen Strategien und Beobachtungen, die indigenen Völkern das Überleben in den unterschiedlichsten Ökosystemen ermöglicht haben, sind jedoch heutzutage nur noch bedingt anwendbar. Denn ihre Lebensgebiete sind durch den Abbau von natürlichen Ressourcen, den Bau von Strassen und

Flächen für die Anpflanzung von Energiepflanzen wie Palmöl, Rizinus oder Jatropha weltweit ausgedehnt werden. Der Druck auf die Regenwälder wird damit erheblich verstärkt und führt zur Vertreibung von indigenen Gemeinschaften aus ihren traditionellen Gebieten sowie der Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen. Dies geschieht beispielsweise in den noch bestehenden Regenwaldgebieten Indonesiens und Brasiliens. Aber auch andere «saubere» Energien wie Wasserkraftwerke oder Geothermieanlagen können zur Vertreibung und Zerstörung indigener Gemeinden führen.

Im Regenwald Brasiliens wehrt sich das Volk der Kayapó gemeinsam mit Siedlern und Fischern seit vielen Jahren gegen den Bau des grossen Wasserkraftwerkes in Belo Monte am Fluss Xingu. Weltweite Aufmerksamkeit hat dieser Konflikt bereits 1989 erlangt, als die Indianerin Taira Kayapó vor den Augen der versammelten Presse mit einer Machete das Gesicht eines Angestellten der staatlichen Energiebehörde berührt hat, um damit ihre Wut auszudrücken. Das Projekt konnte damals verhindert werden, wurde aber von der jetzigen Regierung Lula da Silvas wieder aus der Schublade geholt. Das Kraftwerk ist Teil der brasilianischen Strategie, sich mit Erdöl, Ethanol und Wasserkraft weltweit als Energiemacht zu etablieren.

Gespeicherter Kohlenstoff soll Geld bringen

Auf Satellitenbildern Amazoniens sind die indigenen Gebiete gut zu identifizieren, zumindest diejenigen, die demarkiert und rechtlich anerkannt wurden. Zumeist sind es grüne Flächen, die sich von ihrer zerstörten Umgebung abheben. Diese Gebiete wecken die Begehrlichkeiten einer neuen Klientel, die sich aus Umweltschutzorganisationen, Unternehmen und staatlichen Behörden zusammensetzt. Diese haben es auf den in der Vegetation gespeicherten Kohlenstoff abgesehen. Dieser soll Geld einbringen, ein Ergebnis der internationalen Klimaverhandlungen. Das Zauberwort heisst REDD (Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation – Reduktion von Emissionen aus Entwaldung und Waldschädigungen) in Abwandlungen auch REDD+ oder REDD++ genannt. Ziel ist die Kompensation für das Nicht-Abholzen von Flächen. Viele Akteure bieten indigenen Gemeinden bereits Kooperationsverträge mit hohen Renditeversprechen an, obwohl das Instrumentarium noch in der Diskussion ist. Aufgrund ihres teilweise aggressiven Vorgehens gegenüber indigenen Gemeinden werden sie auch «carbon cowboys» bezeichnet. Auf dem «Indigenous Day» während der Klimakonferenz in Kopenhagen hat ein Vertreter aus Indonesien eindrücklich geschildert, wie die Aus-

Zertifikatshandel schützt das Klima nur wenig

weiteren Infrastruktur- und Energieprojekten sowie der Besiedlung durch Landwirtschaft und Viehzucht so stark zerstört, dass sie ihre traditionellen Strategien nicht mehr anwenden können.

Auch die Aktivitäten, die als Lösungen für den Klimawandel angepriesen werden, haben für die indigenen Völker oft verheerende Auswirkungen. So führt die Beimischungspflicht von Biodiesel in vielen Ländern, wie auch in der EU, dazu, dass die



Foto: Patricia Gualinga

Die Harmonie trägt: Kichwa in Ecuador kämpfen gegen das Vordringen einer Erdölgesellschaft in ihr Siedlungsgebiet.

sicht auf dieses Instrument die Meinungen bis in die indigenen Familien spaltet. Während die Älteren den Schutz ihrer Wälder als eine traditionelle Pflicht ansehen, für die sie kein Geld wollen, hoffen die Jüngeren auf Geld und Arbeit.

Weltweit laufen bereits einige REDD-Pilotprojekte. Die Erfahrungen mit CDM (Clean Development Mechanism – Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung), einem in seinen Grundzügen ähnlichen Instrumentarium wie REDD, zeigen, dass markt-basierte Mechanismen wenig zum Klimaschutz beitragen, dagegen aber den Industrieländern Schlupflöcher bieten, um sich vor unpopulären Massnahmen zu drücken. Die Gefahr bei REDD besteht, dass wirkungsvoller Klimaschutz verzögert wird und damit die Zerstörung der Regenwälder schneller vorangeht.

Neben dem Widerstand auf lokaler Ebene setzen indigene Völker auch stärker auf die Teilnahme und Beeinflussung der internationalen Prozesse, um gestärkt auch national die Einhaltung ihrer Rechte einzufordern. Vor allem die Annahme der Deklaration für die Rechte der indigenen Völker durch die UNO 2007 hat einen wichtigen Impuls für die Stärkung der Einbeziehung der indigenen VertreterInnen in die internationalen Prozesse gegeben. In Vorbereitung auf die Klimakonferenz in Kopenhagen hat der Dachverband COICA, die Partnerorganisation des Klima-Bündnisses in Amazonien, mehrere regionale Workshops für indigene VertreterInnen durchgeführt, um zu informieren und politische Strategien festzulegen.

Emissionen: Indigene fordern 95%-Reduktion

Das Indigene Permanente Forum der UNO behandelt seit seiner Jahrestagung 2008 das Thema Klimawandel und die Auswirkungen auf indigene Völker. Im April 2009 fand in Anchorage eine internationale Konferenz der indigenen Völker statt, auf der die «Anchorage Declaration» verabschiedet wurde. Die Resolution fordert die Industrieländer dazu auf, ihre Emissionen um 45 Prozent bis 2020 und um 95 Prozent bis 2050 zu reduzieren. Sie fordert die Anerkennung der Rolle des indigenen Wissens und der indigenen Praktiken als Beitrag zur Lösung des Klimawandels. Sie verlangt weiter, dass die Industrieländer die «falschen Lösungen» aufgeben, wie die Förderung von Agrotreibstoffen, grossen Staudammprojekten sowie markt-basierten Mechanismen wie den Emissionshandel und CDM.

Indigene Völker und ihre politischen Forderungen haben vor allem im Rahmen der Diskussionen zum Klimawandel und der damit verbundenen Lösungsstrategien international an Sichtbarkeit zugenommen. Was fehlt, ist die konsequente Umsetzung und Einhaltung der bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen auf nationaler und internationaler Ebene.

Thomas Brose, Europäische Geschäftsstelle des Klima-Bündnisses, Frankfurt a.M.

➤ Wenn das Eis die Rentiere nicht mehr trägt

Vertreter der indigenen Völker Russlands waren nicht zum Weltklimagipfel von Kopenhagen eingeladen, dabei bedroht der Klimawandel bereits ihre traditionelle Lebensweise. Im Siedlungsgebiet der Nenzen, die am Nordischen Eismeer leben, sollen nun auch noch Erdgas und Erdöl gefördert werden.

Für die Vertreter der indigenen Völker Russlands, Sibiriens, des Nordens und Fernen Ostens – so ihre offizielle Bezeichnung – war der Weltklimagipfel im Dezember 2009 in Kopenhagen schon gescheitert, bevor auch die Staats- und Regierungschefs, die Repräsentanten vieler Nichtregierungsorganisationen dieses Versagen beklagten. Niemand von ihnen war eingeladen, auf keinem Workshop waren ihre Anliegen besprochen worden. Dies, obwohl sie seit Jahren die Auswirkungen des Klimawandels am eigenen Leib spüren. Ausser ihnen nehmen in Russland die Wenigsten den Klimawandel ernst. Premierminister Wladimir Putin meinte, es könne Russland nicht schaden,

wenn es ein wenig wärmer würde, dann müssten hier nicht mehr so viele Pelze getragen werden.

Viele der kleinen Völker sind jedoch direkt von den Auswirkungen betroffen. Einige haben dazu noch damit zu kämpfen, dass auf ihrem Land natürliche Ressourcen wie Öl oder Gas ausgebeutet werden. Das betrifft auch die Nenzen auf der Halbinsel Jamal. Sie sei die Schlüsselregion für Russland, erklärte Premierminister Wladimir Putin vor Kurzem. Hier lagern enorme Öl- und Gasreserven, die über die sogenannte North Stream Pipeline auch nach Westeuropa fliessen sollen. Aufsichtsratsvorsitzender des Pipelinekonsortiums ist der deutsche Altbundeskanzler Gerhard Schröder, seit Langem ein Freund des russischen Premierministers. Um Investoren und mit ihnen Geld und technisches Know-how nach Jamal zu locken, versprach Putin den Managern der elf grössten europäischen Energieunternehmen massive Steuererleichterungen. Im Moment werden auf Jamal sowohl eine Eisenbahnlinie als auch zwei Pipelines gebaut.

Von den rund 41 000 Nenzen leben 10 000 als halbnomadische Rentierzüchter. Im Sommer ziehen sie mit ihren 300 000 Rentieren zwischen 500 und 1000 km in den Norden der Insel, den Winter verbringen sie im Süden. Mit den Samen in Schweden und Finnland sind sie eine der letzten halbnomadischen Rentierzüchtergruppen weltweit. Die Pipeline durchschneidet ihre Migrationsroute, sodass sie gezwungen sind, diese Lebensweise aufzugeben. Die russische Regierung hat den Nenzen Häuser in der Hauptstadt Jamals, Salechard, angeboten. Dies geht jedoch vollkommen an den Wünschen und Bedürfnissen der Nenzen vorbei. Sie fordern ein unabhängiges «Ökologiemonitoring» an den Baustellen sowie ihre Teilnahme an Gesprächen und Entscheidungsprozessen.

Diesen Forderungen wird jedoch weder von Seiten der Politik noch von den Konzernen entsprochen.

Eisenbahn und Pipeline zerstören Tundra

Die Nenzen auf Jamal klagen auch über negative Auswirkungen des Eisenbahnbaus und über den zunehmenden Klimawandel. Dass unter der Tundra Gas gefunden wurde, sei für sie eine Katastrophe, sagen sie. Sie fürchten, dass der Bau der Pipelines und der Eisenbahnstrecke die Tundra zerstört. Die Bauarbeiten für die Bahn haben bereits grosse Tundragebiete verwüstet, Rene und Rotwild seien dort verendet, berichten Sprecher der indigenen Nenzen. Müll wird auf den riesigen Baustellen liegen gelassen, schwere Maschinen zerstören die Tundra auch ausserhalb der Baustellen.

Schon heute leiden die Nenzen auch unter den Folgen des Klimawandels. Während sie traditionell im November auf dem zugefrorenen Fluss Ob in den Süden wanderten, um ihre Winterlager aufzuschlagen, war im letzten Jahr das Eis erst Ende Dezember dick genug, um darauf zu gehen. Die Rentiere hatten zwischen November und Dezember jedoch nicht genug Futter und mussten hungern. Im Frühjahr schmilzt der Schnee schneller, sodass es für die Rene beschwerlich ist, die Schlitten zu ziehen. Das Wetter kann insgesamt weniger gut vorhergesagt werden, was weitere Schwierigkeiten für die Nenzen mit sich bringt. Trotzdem versuchen Gruppen und Familien, die traditionelle Lebensweise aufrechtzuerhalten. Für sie ist das Rentier weiter das Zentrum ihres Lebens und ihrer Kultur. Manche kehren bewusst zu dieser Lebensweise zurück, obwohl sie die vielen Schwierigkeiten klar sehen.

Sarah Reinke, GfbV Deutschland

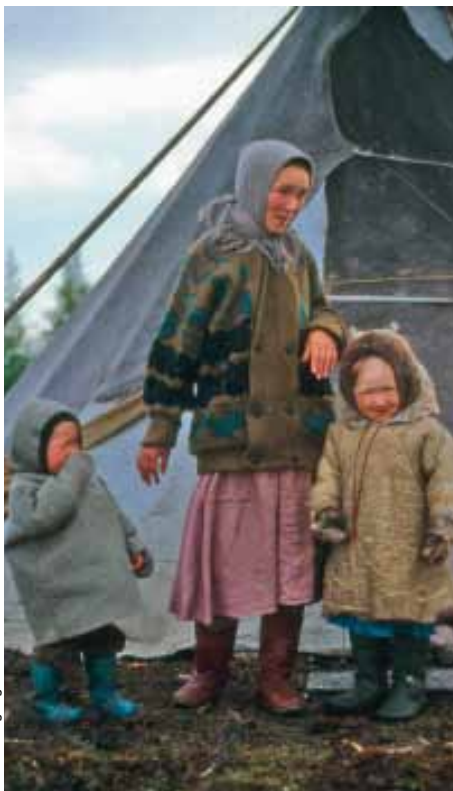


Foto: Wolfgang Blümel

Nomadisches Leben in Zelten und bei arktischem Klima.

➤ Klimahandel auf dem Buckel der Schwachen

Eine holländische Stiftung betrieb Emissionshandel mit einem Aufforstungsprojekt in Uganda. Die ugandischen Wildhüter vertrieben deswegen indigene WaldbewohnerInnen.

Der Mount Elgon, ein erloschener Vulkan in fruchtbarer Umgebung, gehört zu den höchsten Bergen Afrikas und liegt im Grenzgebiet von Kenia und Uganda. Auf der ugandischen Seite lockt ein Naturpark BesucherInnen an, auch aus Europa. In dieser Region betrieb seit 1995 die niederländische FACE-Stiftung, die sich kurzem «Face the Future» nennt, ein Anbauprojekt, das in den Emissionshandel eingebunden ist. Zusammen mit der ugandischen Forstbehörde UWA liess sie im Nationalpark neue Bäume anpflanzen. Die Stiftung FACE-Foundation entstand Anfang der 1990er-Jahre. Eine niederländische Elektrizitätsgesellschaft gründete die Stiftung, um die Emissionen eines neuen Kohlekraftwerkes zu kompensieren. Seit 2000 ist die Stiftung juristisch unabhängig. Die Stiftung betreibt heute Projekte in Ecuador, Malaysia und Uganda.

Die Landnutzungskonflikte in der Mount-Elgon-Region begannen bereits vor den Anfängen des Emissionshandels. Die Benets, auch Ndorobo genannt, besiedeln seit Generationen die Wälder des Mount Elgons. Sie sind vorwiegend Jäger und Sammler. Bereits 1983 hatte man die Benets aus der Region vertreiben wollen. 1993 dann entschied die ugandische Regierung, in der Region einen Nationalpark einzurichten, ohne vorherige Konsultation der WaldbewohnerInnen. 1993 trieben Wildhüter viele BewohnerInnen aus dem Wald, kurze Zeit später begann das FACE-Aufforstungsprogramm. Aber auch in den folgenden Jahren setzten die Behörden weitere Vertreibungen durch, so beispielsweise im Februar 2008, als – gemäss einem Sprecher der Benets – Wildhüter und Soldaten rund 4000 Menschen aus dem Wald verjagten und dabei deren Häuser und Felder zerstörten. Heute leben viele von ihnen als Vertriebene,



Foto: Chris Lang

Die Felder hinter den Hütten gehören bereits zum Nationalpark. Die DorfbewohnerInnen dürfen dort nicht ernten.

beispielsweise in Kisitu, einer kleinen Stadt, 30 Kilometer von ihren angestammten Wohnorten. Rund 1000 Menschen darben dort in provisorischen Unterkünften, fern von weiterführenden Schulen, abgetrennt von einer wirtschaftlichen Zukunft.

Stiftung bestreitet Vertreibungen nicht

Bereits im Jahr 2007 bestritt die FACE-Foundation die Vertreibungen nicht, dementierte jedoch den Zusammenhang mit der Aufforstung. Auch ein ugandischer Staatssekretär verharmloste die Zwangsmassnahmen als vereinzelte Übergriffe und als unangebrachtes Verhalten einiger Beamter. Sowohl Stiftung wie Regierungsvertreter behaupteten, sie hätten Arbeitsplätze geschaffen. Benets-Sprecher berichten hingegen von wenigen und schlecht bezahlten Hilfsjobs. Auch werfen sie den Projektverantwortlichen vor, dass sie auch Bäume anpflanzen würden, die bis anhin nie in der Region gewachsen seien.

In Uganda sind die Rechte der indigenen Völker nicht besonders geschützt, auch wenn der Staat die UNO-Resolution

über die Rechte der indigenen Völker ratifiziert hat. Ugandische Regierungsmitglieder behaupten, dass dies auch nicht nötig sei, da alle – oder zumindest fast alle – StaatsbürgerInnen Angehörige einer indigenen Gruppe seien. In der Tat: Die ugandische Verfassung erwähnt über 50 indigene Völker. Klar ist aber auch, dass einige kleine indigene Völker besonders von den Wäldern abhängig sind, darunter auch die Benets.

Ablasshandel auf dem Buckel von Schwachen

Die Vertreibung der Benets – wie auch von anderen WaldbewohnerInnen – aus ihrem Lebensraum zeigt symptomatisch die Probleme des Emissionshandels. Unternehmen der industrialisierten Nationen verringern nicht ihre Emissionen, sondern handeln sich ökologischen Ablass in verarmten Ländern ein. In diesen Ländern des Südens besteht jedoch die grosse Gefahr, dass die Interessen der ärmsten Teile der Bevölkerung – und damit vielfach Indigene – nicht berücksichtigt werden, ja, dass sie nicht einmal in den Entscheidungsprozess einbezogen werden.

Hans Stutz

➤ Interview mit Larisa Abryutina

Larisa Abryutina erachtet die Ergebnisse der Weltklimakonferenz als unbedeutend und berichtet, wie die Tschuktschen im äussersten Nordosten Russlands heute leben. Die Einführung der Marktwirtschaft beschleunigte die Einstellung traditioneller indigener Betriebe.

Larisa Abryutina, Sie haben als Mitglied einer Delegation von VertreterInnen indigener Völker an der Klimakonferenz in Kopenhagen teilgenommen. Mit welchen Erwartungen und Hoffnungen sind Sie an die Konferenz gefahren?

Ich habe selbstverständlich gehofft, dass die Entscheidungen, die während dieser Konferenz getroffen werden, zu einem Neubeginn führen würden bei der Lösung jener Probleme, die der Klimawandel schon verursacht hat und in der Zukunft noch verursachen wird.

Was haben Sie in Kopenhagen an der Klimakonferenz erlebt?

Für die indigenen Völker, wie auch für alle anderen Bevölkerungsgruppen in der ganzen Welt, kann man das Ergebnis dieser Konferenz tatsächlich nicht als besonders ermutigend bezeichnen. Wichtig ist, dass die Diskussion trotzdem statt fand und die Leader der indigenen Völker ihre Meinungen und Ideen bei den angesprochenen Themen überhaupt zum Ausdruck bringen konnten.

Können kleine Gemeinschaften wie die indigenen Völker des Nordens auf den Klimawandel Einfluss nehmen?

Kein Volk der Welt kann den Klimawandel rückgängig machen, solange es isoliert oder allein handelt. Dieser Prozess kann – wenn überhaupt – nur gemeinsam gestoppt werden.

Der Klimawandel kann nur gemeinsam gestoppt werden

Was will der Dachverband der indigenen Völker Sibiriens, des Fernen Ostens und des Nordens (RAIPON) unternehmen, um die Klimapolitik Russlands zu beeinflussen?

Meiner Meinung nach sollte unsere Organisation mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln Fakten über den Klimawandel und über die Konsequenzen dieses Prozesses sammeln. Sie sollte zusammen mit WissenschaftlerInnen dieses Material auswerten und die russische Regierung über die Resultate informieren. Sie sollte ferner wirksame Massnahmen vorschlagen und sich falls nötig auch für die Umsetzung dieser Massnahmen einsetzen. Einen wichtigen Bestandteil unserer Arbeit bil-

det die Information und Sensibilisierung der indigenen Bevölkerung des Nordens über klare Gefahren in ihren Wohngebieten, aber auch über die Möglichkeiten, sich davor zu schützen.

Wie wirkt sich der Klimawandel bereits heute auf das Leben der Tschuktschen aus? Woran kann man die Auswirkungen des Klimawandels auf Tschukotka ablesen?

Ich werde hier keine Statistiken anführen können, weil ich auch keine zuverlässigen Daten besitze. Aufgrund der Gespräche mit den lokalen EinwohnerInnen kann ich jedoch einige Schlussfolgerungen ziehen. Es gibt weniger Meereis und Treibeis, und dieses ist dünner. Das führt dazu, dass die Eisbären ihre bisherigen Wanderrouten ändern. Diese Entwicklung hat aber auch zur Folge, dass die Robbenjagd im Meer schwieriger wird. Im Weiteren hat sich bereits das Schmelzen des Permafrostes beschleunigt, dies ist aber auch eine Folge der Benutzung von Kettenfahrzeugen. Damit wird die Tundra sumpfig und ist schwierig zu überqueren. Mit den höheren Temperaturen sind auch neue Arten von Flora und Fauna erschienen, die untypisch für die Region und die Saison sind. Weiter sind Schneestürme und rasante Temperaturwechsel häufiger geworden. Dies führt wiederum dazu, dass sich vermehrt Glatteis bildet, was den Rentieren das Weiden, Kalben und Wandern erschwert.

Wichtig ist mir aber auch: Die Tschuktschen sind nicht das einzige indigene Volk, das in der Region Tschukotka lebt. In diesem Gebiet leben auch Eskimos, Ewonen, Tschuwanen, Jukagiren und wenige Personen aus dem Volk der Kereken. Ein grosser Teil dieser Völker lebt bereits nicht mehr nach einer traditionellen Weise, sondern in den Städten und Dörfern von Tschukotka. Klar ist aber auch, dass Klima- und Umweltwandel sich unterschiedlich auswirken, je nachdem, ob die Menschen in der Stadt, im Dorf oder in der Tundra leben.

Wie weit leben Tschuktschen denn überhaupt noch traditionell?

Die Tschuktschen begannen bereits in der Sowjetzeit, ihre traditionelle Lebensweise zu verändern. Aber diese Veränderungen zielten nicht darauf, die traditionellen wirtschaftlichen Tätigkeiten zu zerstören. Im Gegenteil, der Staat unterstützte diese Tätigkeiten. Die Rentierzucht beispielsweise war in fast allen Gegenden von Tschukotka sehr verbreitet. Der Bestand der Rentiere erreichte in einzelnen Jahren 400 000 bis 600 000 Stück. In den Küstengebieten stützte der Staat die Fischerei, die Pelz-

Fortsetzung Seite 10



Larisa Abryutina, Ärztin,
engagiert sich für die indigenen Völker des Nordens.



Die meisten Tschuktschen leben heute in Dörfern und Städten.

Larisa Abryutina

Larisa Abryutina ist Ärztin, Angehörige des Volkes der Tschuktschen. Sie arbeitet seit vielen Jahren im Dachverband der indigenen Völker der russischen Föderation RAIPON, in der sich über 40 kleine Völker Sibiriens, des Fernen Ostens und des Nordens zusammengeschlossen haben. RAIPON macht Lobbyarbeit in der russischen Duma, hat beratenden Status beim Arktischen Rat und bei der UNO. Larisa Abryutina beschäftigt sich insbesondere mit den Problemen der Gesundheitsvorsorge und beklagt insbesondere auch die fehlende präventivmedizinische und spezialärztliche Versorgung in der Tundra, was eine zuverlässige medizinische Versorgung der LandbewohnerInnen wie auch der Indigenen verunmöglicht. Durch die Wiederbelebung der traditionellen arktischen Traditionen erhofft sie sich einen positiven Einfluss auf Ökologie, Wirtschaft und soziale Sicherheit. In den vergangenen Jahren hat sich Abryutina auch in verschiedenen internationalen Gremien betätigt.

Tschukotka

Die Region Tschukotka liegt im äussersten Nordosten Russlands. Sie ist durch die Beringstrasse von Alaska getrennt. Sie ist sehr dünn besiedelt, liegt fast vollständig nördlich der Baumgrenze und wird von Tundra bedeckt. In den Jahrzehnten der Sowjetunion zogen viele Menschen aus den verschiedenen russischen Republiken in die Gegend. In dieser Zeit entstanden auch einige grössere Ortschaften und die drei Städte Anadyr (11 000 EinwohnerInnen), Bilibino (5700) oder Pewek (4500). Nach Ende der Sowjetzeit haben viele der Zugezogenen Tschukotka wieder verlassen, dies auch, weil mehrere Goldminen geschlossen worden waren. Noch immer stellen aber die indigenen BewohnerInnen die Minderheit der Bevölkerung. Die grösste dieser Gruppen sind mit rund 23 000 (23,5%) die Tschuktschen, daneben leben auch Eskimos, Ewenen, Tschuwanen und Jukagiren in der Region.



Nur noch wenige Tschuktschen leben als Rentierzüchter.

Fortsetzung von Seite 8

tierzucht, die Verarbeitung von Leder- und Pelzprodukten. Für die indigene Bevölkerung bedeutete dies eine ganzjährige Arbeitsbeschäftigung und damit die Lösung ihrer sozialen Probleme. Gleichzeitig erreichten viele Tschuktschen Hochschul- und Fachschulabschlüsse. Sie waren vor allem in verschiedenen Bereichen der Landwirtschaft tätig. Durch die Einführung der Marktwirtschaft sind viele einst traditionelle Bereiche der Landwirtschaft zusammengebrochen oder geschrumpft. So sank zum Beispiel der Bestand an Rentieren auf unter 100 000. Pelztierzuchten und Betriebe für die Leder- und Pelzverarbeitung mussten schliessen. Jahrelang betrieb auch niemand mehr Waljagd. Heute ist die Lage wieder etwas besser geworden. Nach meiner vorsichtigen Einschätzung sind aber heute kaum noch 10 Prozent der erwachsenen indigenen Bevölkerung in den einst traditionellen Bereichen beschäftigt. Und es ist unwahrscheinlich, dass diese Zahl in Zukunft wieder ansteigen wird.

Wie können jene Tschuktschen überleben, die noch mit den Rentieren umherziehen?

Das hängt von der sozialen Stellung jedes Einzelnen ab. Viele Indigene haben eine Arbeit und ein ausreichendes Einkommen. Viel schwieriger ist es für jene Menschen, die ohne Job geblieben sind, besonders in der Tundra und vor allem für die früheren Rentierzüchter, wie auch die Fischer und Jäger.

Interview: Hans Stutz

➤ Minderheiten und



Kurzinfos

Südsudan: Eskalation der Gewalt gefährdet Friedensabkommen

Am 9. Januar 2005 hatten die sudanesishe Regierung und die Sudanesishe Volksbefreiungsarmee (SPLA/SPLM) ein umfassendes Friedensabkommen unterzeichnet. Neben einer Demokratisierung des Nordsudan sieht es eine Autonomie für den Südsudan und eine Volksabstimmung über die Zukunft des Südsudan im Januar 2011 vor. Doch angesichts der eskalierenden Gewalt wird es immer ungewisser, ob die Volksabstimmung sowie die für den April 2010 geplanten Parlamentswahlen im Sudan tatsächlich stattfinden können. Konflikte zwischen ethnischen Gruppen und Kämpfe im Grenzgebiet zwischen Nord- und Südsudan forderten bisher 2500 Tote. Mehr als 50 000 Menschen mussten vor den Auseinandersetzungen fliehen. Auch zahlreiche andere Bestimmungen des Friedensabkommens wurden bisher noch nicht umgesetzt.

Quelle: www.gfbv.de

Irak: Hinrichtung des «Giftgas-Ali»

Am 25. Januar 2010 wurde der frühere irakische Gouverneur Ali Hassan al-Majid in Bagdad hingerichtet. Kurz zuvor ist der als «Giftgas-Ali» berüchtigte Cousin Saddam Husseins wegen des Giftgasangriffs auf die nordirakische Stadt Halabja vom 16. März 1988 zum Tode verurteilt worden. 5000 Menschen kamen dabei ums Leben, drei Viertel von ihnen Frauen und Kinder. Es war der tödlichste Anschlag mit Giftgas, der je gegen Zivilpersonen geführt wurde. Im Rahmen der

indigene Völker in aller Welt



1. Roma, Bulgarien (Foto: Klaus Ipold)
2. Konjak, Burma (Foto: Roy ter Maat)
3. Khamniungan, Indien (Foto: Famke Veenstra)
4. Himba, Namibia (Foto: Rita Willaert)

sogenannten Anfal-Kampagne des Regimes von Saddam Hussein wurde von März 1987 bis September 1988 eine militärische Offensive von unbeschreiblicher Grausamkeit vor allem gegen die Minderheit der Kurden im Nordirak geführt. Nach heutigen Schätzungen fielen dem Vernichtungsfeldzug rund 182 000 Menschen zum Opfer.

Quelle: GfbV, NZZ



Foto: GfbV

Engagement für Religionsfreiheit und gegen die Verfolgung der seit 1999 durch die chinesische Regierung verbotenen religiösen Bewegung Falun Gong wurde der praktizierende Christ jedoch immer häufiger selbst von den Behörden bedrängt.

Quelle: www.gfbv.de

für Leib und Leben droht. Von burmesischen Soldaten wird derzeit ein 320 km langer Grenzzaun errichtet, um die Flucht weiterer Rohingya zu verhindern.

Quelle: www.gfbv.de

Bosnien-Herzegowina: Änderung des Wahlrechts dank Europäischem Menschenrechtsgerichtshof

Mit dem Entscheid des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) in Strassburg wurde im Dezember 2009 für die bosnischen Juden und Roma ein Grundsatzurteil gefällt. Ihr Ausschluss von den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen, verankert in der Bosnischen Verfassung, wurde als diskriminierend verurteilt. Das Wahlrecht muss nun geändert werden.

1995 wurde mit dem Abkommen von Dayton die Bosnien-Herzegowina durch die USA und die Europäische Union in zwei quasi autonome Gliedstaaten eingeteilt, die «Föderation Bosnien und Herzegowina» und die «Republika Srpska». Der Bosnienkrieg fand damit nach dreieinhalb Jahren und mit über zwei Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen ein Ende. Die Teilung führte jedoch auch dazu, dass kleinere ethnische Minderheiten wie die Juden und Roma seither weder für das Bundesparlament noch für das Staatspräsidium kandidieren konnten. In der Republika Srpska war es nicht-serbischen Rückkehrern bislang nicht erlaubt, eigene Kandidaten zu wählen, im zweiten Teilstaat blieb dies der serbischen Bevölkerung verwehrt.

Quelle: www.gfbv.de, www.minorityrights.org

Bangladesch: Kein Flüchtlingsschutz für muslimische Minderheit

Seit 1992 sind Zehntausende Angehörige der muslimischen Minderheit der Rohingya aus ihrer Heimat Burma ins benachbarte Bangladesch geflohen. Nach offiziellen Angaben halten sich mindestens 200 000 von ihnen illegal im Land auf, allein 28 000 in nur drei Flüchtlingslagern. Sie fliehen vor religiöser Verfolgung und der Verweigerung jeglicher Bürgerrechte. In Burma werden sie in der Ausübung ihres Glaubens behindert, erhalten keine Pässe, dürfen weder heiraten noch reisen und werden immer wieder Opfer von Zwangsarbeit, Enteignungen und Übergriffen der Sicherheitskräfte. Nun sind wiederholt Flüchtlinge von der Abschiebung aus Bangladesch bedroht. Systematisch werden sie entweder von den Grenzsoldaten direkt an die burmesischen Behörden übergeben oder aus den Lagern nach Burma rückgeführt, wo ihnen Gefahr



Foto: Wadi

China: Schicksal von Menschenrechtsanwalt weiterhin unklar

Seit Januar 2006 wurde der Menschenrechtler Gao Zhisheng mehrfach verhaftet und gefoltert. Auch ein Jahr nach seiner Entführung im Februar 2009 fehlt weiterhin jede Spur des heute 45-jährigen Anwalts. Dieser hatte sich mehrfach für Menschenrechtsvertreter sowie für Opfer der chinesischen Willkürherrschaft vor Gericht eingesetzt, bis ihm im Jahr 2005 die Lizenz entzogen und seine Kanzlei für ein Jahr geschlossen wurde. Vier Jahre zuvor war er noch vom chinesischen Justizministerium zu einem der zehn besten Rechtsanwälte des Landes gekürt worden. Mit seinem Austritt aus der kommunistischen Partei und seinem

Foto: Dzhafer Buzoli



Kosovo/Roma: Trotz Plänen und weiteren Versprechungen seitens der Kosovo-Regierung und internationaler Organisationen sind die blei-verseuchten Romalager im Norden von Mitrovica noch immer nicht geräumt worden. Immerhin ist es dem GfbV-Mitarbeiter vor Ort mittlerweile gelungen, die Roma direkt in die Verhandlungen einzubeziehen und den Druck auf die Behörden aufrechtzuerhalten. Die GfbV Schweiz ist auch auf heimischer Ebene herausgefordert: Die Schweiz hat im Februar ein Abkommen mit Kosovo unterzeichnet, welches auch die zwangsweise Rückführung von Roma-Flüchtlingen aus dem Kosovo ermöglichen soll. Solange die Situation für die Roma-Minderheiten im Kosovo jedoch derart katastrophal ist, erscheint dies aus menschenrechtlicher Sicht als untragbar. Die GfbV Schweiz verfolgt die weitere Entwicklung genau und wird das Schicksal von aus der Schweiz rückgeführten Roma dokumentieren und nötigenfalls Protest einlegen.

Foto: Christoph Wriedmer



Kongo: Die GfbV berät zurzeit verschiedene lokale Nichtregierungsorganisationen bei der Erarbeitung von Projekten, welche die Mitbestimmung der Waldvölker im Falle einer industriellen Tropenholznutzung fördern sollen. Zudem nimmt sie an Diskussionen mit der Regierung der Demokratischen Republik Kongo zur Erarbeitung von Leitlinien zu diesem Thema teil. Ein spezielles Augenmerk legt die GfbV auf die FSC-Zertifizierung (Forest Stewardship Council) im Kongobecken. Wenn sich innerhalb dieses Waldzertifizierungssystems die Mitsprache der Waldvölker auf hohem Niveau etablieren könnte, wäre dies ein Durchbruch für die Indigenenrechte bei der Tropenwaldnutzung.

Foto: Manuela Wilhelm





Foto: Markus Hubacher

Russland/Tschetschenien: Das russische Parlament hat im Januar als letztes Mitglied des Europarats das Protokoll 14 zur Europäischen Menschenrechtskonvention ratifiziert – damit ist eine wichtige Forderung der GfbV erfüllt worden. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Strassburg ist chronisch überlastet, auch wegen der zahlreichen Klagen aus Russland, insbesondere aus den nordkaukasischen Teilrepubliken. Das Protokoll 14, das nun in Kraft treten kann, ermöglicht eine effizientere Arbeit des Gerichtshofes. Die GfbV kritisiert jedoch, dass Russland nach wie vor keine Konsequenzen aus den Urteilen des EGMR zieht und die Täter gravierender Menschenrechtsverletzungen unbestraft bleiben.



Afghanistan: Häusliche Gewalt ist ein in Afghanistan weitverbreitetes Problem mit verheerenden Folgen. Die afghanische Projektpartnerorganisation der GfbV – CSHRN (Civil Society and Human Rights Network) – hat in der im Westen Afghanistans gelegenen Stadt Herat mit Unterstützung der GfbV ein einjähriges Pilotprojekt gestartet. Dazu gehören Schulungen über die Ursachen häuslicher Gewalt, öffentliche Debatten mit Schlüsselpersonen wie Behördenmitgliedern, Lehrpersonen, islamischen Geistlichen, Polizisten und die Erarbeitung praktischer Empfehlungen für die regionale Regierung.



Foto: Walt Jabisco

China/Uiguren/Guantánamo: Anfang Februar entschieden der Bundesrat und der Kanton Jura, zwei uigurische Guantánamo-Häftlinge in die Schweiz aufzunehmen. Die GfbV hatte sich seit langer Zeit für die Aufnahme der beiden uigurischen Brüder aus humanitären Gründen eingesetzt. Fast acht Jahre waren sie im Gefangenenlager Guantánamo unschuldig inhaftiert gewesen. Nach China konnten sie nicht zurückkehren, weil ihnen dort Folter oder gar die Todesstrafe drohte.

➤ 4500 Hmong von Thailand nach Laos abgeschoben

Zwischen Weihnachten und Neujahr 2009 spielten sich im thailändischen Flüchtlingslager in Huay Nam Khao dramatische Szenen ab. Es war der Höhepunkt eines verzweifelten Tauziehens von westlichen Regierungen und Menschenrechtsorganisationen mit Laos und Thailand um die Zukunft Tausender laotischer Hmong-Flüchtlinge.

Am frühen Morgen des 28. Dezember 2009 begannen rund 5000 thailändische Beamte und Soldaten, das Flüchtlingslager im nordthailändischen Huay Nam Khao zu räumen. Die über 4500 Hmong – Männer, Frauen, Kinder – wurden in einer 24-stündigen Militäroperation in Lastwagen und Busse verfrachtet und über die Grenze nach Laos gebracht. Kurz vor der Abschiebung konnte Mao Kao Thao aus St. Paul in Minnesota (USA) noch mit seinem Bruder im Flüchtlingslager Huay Nam Khao telefonieren. «Er weinte so sehr, weil er nach Laos zurück musste», sagte der 58-jährige Thao, der wie viele andere laotische Hmong während des Vietnamkriegs in Laos auf Seiten der USA gegen die Kommunisten gekämpft hatte. «Er hat Alpträume, dass er, wenn er in Laos zurück ist, gefoltert oder getötet wird.»

Thailand erlaubte weder Journalisten noch Mitarbeitern des UNO-Flüchtlingshilfswerks oder von Hilfsorganisationen, die Deportationen zu begleiten. Laos versprach, dass die Hmong entgegen aller Befürchtungen nicht verfolgt werden würden. Doch die Volksrepublik hat ihre Glaubwürdigkeit verspielt. Zu oft berichteten nach Laos abgeschobene Hmong, teilweise sogar Mädchen im Teenageralter, von willkürlicher Gefangenschaft, Erniedrigungen und Misshandlungen.

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit

Die meisten Flüchtlinge sollen inzwischen in «Modelldörfern» angekommen sein. Doch es gibt auch unbestätigte Augenzeugenberichte, dass rund 20 Hmong auf dem Weg nach Laos aussortiert und in separate Gefängnisse gebracht worden seien. Bisher konnte nicht offiziell überprüft werden, wie viele Hmong in Thailand das Lager verlassen mussten und



Foto: Ann Christine Peters

Auch im Sommer 2008 wurden mehrere Tausend Hmong von Thailand nach Laos abgeschoben.

wie viele in Laos angekommen sind. Die UNO und Menschenrechtsorganisationen wie die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) verlangen von Laos und Thailand vollständige Personenlisten sowie detaillierte Auskunft über den Abschiebungsprozess und die derzeitigen Aufenthaltsorte aller Betroffenen. Ihren Mitarbeitern soll uneingeschränkter Zugang zu den Hmong gewährt werden, damit sie sich vor Ort selbst ein Bild von der Lage machen können.

In besonderer Gefahr sind die Dschungel-Hmong, von denen sich viele unter den Deportierten befanden. Sie werden in Laos bis heute verfolgt, weil sie selbst oder ihre Vorfahren während des Vietnamkriegs vom amerikanischen Geheimdienst CIA rekrutiert worden waren. Nach dem Sieg der kommunistischen Pathet Lao 1975, die bis heute an der Macht ist, flohen Hunderttausende von ihnen aus Angst vor Rache in die USA, nach Thailand, oder sie versteckten sich im Urwald. Bis heute harren einige Tausend von ih-

nen dort aus und sind ständig auf der Flucht vor den Militärs, die sie vom Boden und aus der Luft aufzuspüren versuchen. Immer wieder werden vor allem Kinder und Frauen getötet, weil sie nicht so schnell laufen können. Heimlich aus dem Land geschmuggelte Fotos und Videos zeigen Bilder von verstümmelten Leichen. Die Verfolgung hält bis heute an. Deshalb war auch der Flüchtlingsstrom der Hmong nach Thailand bis zum Dezember 2009 ungebrochen.

Druck auf Laos notwendig

Für eine Umsiedlung in Drittländer scheint es zu spät zu sein. Jetzt kann man nur noch die Sicherheit der Hmong und deren internationale Überwachung einfordern. Dafür muss Laos unter Druck gesetzt werden. Denn Chu Pheng Lee aus Minnesota, der bereits mit einigen der Deportierten telefoniert hat, weiss, dass viele der Hmong jetzt in Laos um ihr Leben fürchten.

Katja Wolff und Rebecca Sommer

> Service

Kaukasus: «Tschetschenien, Jahr III»

Es wurde weit mehr als das Porträt des Ministerpräsidenten einer kleinen Kaukasusrepublik. Jonathan Littells «Tschetschenien, Jahr III» ist eine beängstigende Reportage über das Machtssystem von Ramsan Kadyrow und die Verstrickungen zwischen Grosny und Moskau und gleichzeitig ein Porträt eines ganzen Landes und der Entwicklung, die es unter der harten Herrschaft einer Person und seinem Clan genommen hat.

Jonathan Littell: *Tschetschenien, Jahr III*.

Berlin Verlag, November 2009.

Menschenrechtslehrmittel

«Sicher?» heisst das neue Online-Lehrmittel der Stiftung Bildung und Entwicklung, das anhand der Themen Folter und Menschenhandel aktuelle menschenrechts-, migrations- und friedenspolitische Fragen behandelt. Es erklärt, was unter menschlicher Sicherheit verstanden wird, warum Menschenrechtsverletzungen eine globale Herausforderung darstellen und was die Schweiz und andere Akteure unternehmen, um diese zu verhindern.

Sicher? Folter und Menschenhandel als globale Herausforderungen. Weitere Informationen unter: www.menschlichesicherheit.ch.

Sibirien: «Alphabet meines Lebens»

Er stammt aus einer traditionellen Fellhütte am Polarkreis und wurde zum ersten Schriftsteller eines vergessenen Volkes. Juri Rytchëu, als Sohn eines Jägers auf der Tschuktschenhalbinsel im äussersten Nordosten Sibiriens geboren, blickt kurz vor seinem Tod auf sein Leben zurück. Persönlich und humorvoll erzählt er von der bedrohten Kultur seines Volkes und seiner Reise als Tschuktsche in die «zivilisierte» Welt. «Alphabet meines Lebens» ist Rytchëus letztes Werk und erscheint als Erstausgabe zu seinem 80. Geburtstag.

Juri Rytchëu: *Alphabet meines Lebens*.

Unionsverlag, Erstausgabe: 22. Februar 2010.

Bosnien: «Srebrenica 360°»

Hoffnungen und Sehnsüchte der Menschen sowie das harte Leben in Srebrenica, dies zeigt der Dokumentarfilm über das Städtchen in Ostbosnien, das 1995 traurige Berühmtheit erlangte. Der Genozid an 8000 muslimischen Männern und Knaben, verübt von serbischen Nationalisten während des Bosnienkrieges, prägt auch heute noch den Alltag und die Zukunft der traumatisierten Menschen.

Kurzinterview mit der Journalistin

Renate Metzger-Breitenfellner

Frau Metzger-Breitenfellner, warum ein Film über Srebrenica?

«Srebrenica 360°» ist ein Film gegen das Vergessen. Ein Grossteil der Menschen hier bei uns – und in vielen anderen Ländern der Welt – hat keine Ahnung davon, wie schlecht es den Menschen in Srebrenica immer noch geht.

Die Verantwortlichen für das Massaker, Serbenführer Radovan Karadzic und General Ratko Mladic, sind bislang nicht bestraft worden. Welche Auswirkungen hat das auf die Situation vor Ort?

Die Hoffnung auf Gerechtigkeit ist sehr stark. Doch sie wird immer wieder enttäuscht. Und es sind ja nicht nur Karadzic und Mladic, die für ihre Taten büssen sollten: Es gibt eine sehr lange Liste mit Namen von Menschen, die nachweislich am Genozid beteiligt waren und immer noch frei herumlaufen; zum Teil sogar in Srebrenica selbst. Das ist für diejenigen, die ihre Ehemänner, Söhne, Brüder und Väter verloren haben, fast noch schlimmer.

Die Menschen erzählen von ihrer Hoffnung auf ein friedliches Zusammenleben.

Ein Wunschtraum, der sich nicht von heute auf morgen verwirklichen lässt. Und zuerst müssen ganz sicher die

Kriegsverbrecher bestraft werden. Ohne Gerechtigkeit wird es höchstwahrscheinlich keine Versöhnung geben.

Wie sieht die Zukunft für Srebrenica aus?

Wenn es eine Zukunft geben soll, muss sich vor allem die ökonomische Situation ändern. Die Arbeitslosigkeit liegt immer noch bei mindestens 70 Prozent, es gibt keine Investoren, keine Arbeit, keine Perspektive. Die ökonomische Situation ist eine Katastrophe, die politische äusserst schwierig. Der Staat ist praktisch unregierbar. Und die Gemeinde Srebrenica fast völlig von ausländischer Hilfe abhängig.

Was hat Sie bei Ihren Dreharbeiten am meisten berührt?

Das, was mich immer sehr berührt, wenn ich in Srebrenica bin: die Hilfsbereitschaft, die Gastfreundschaft und die Offenheit dieser Menschen. Aber viele von ihnen sind in den letzten Jahren müde geworden. Müde ob aller enttäuschten Hoffnungen; müde, enttäuscht – und resigniert.


 Srebrenica 360°, Conny Kipfer/
Renate Metzger-Breitenfellner, 2009.
DVD-Bestellung: renate.metzger@remeb.ch,
Preis: CHF 30.– zzgl. Versand.



Foto: Conny Kipfer

Alle Opfer haben einen Namen. Gedenkstätte für die Ermordeten von Srebrenica.

Eine Stimme für Verfolgte.
www.gfbv.ch

